

Laibacher Zeitung.

Nr. 259.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzj. fl. 16, halbj. fl. 7.50

Montag, 11. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl. 10 kr. pro Zeile 1m. 8 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Inseratienstempel jedesm. 30 kr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. November d. J. die wienener Oberlandesgerichtsräthe Dr. Gustav Ritter v. Keller und Joseph Laßnigg zu Hofrätthen am Obersten Gerichtshofe allergnädigst zu ernennen geruht.

Glasfer m. p.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien der k. k. priv. österr. Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Actiengesellschaft der judenburger Eisenwerke“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Joseph Stummer Ritter v. Traunfels und Dr. Joseph Trutter die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Allgemeine österreichische Eisenverkehrs-Gesellschaft“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Am 7. November 1872 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slowenische, kroatische und romanische Ausgabe des am 19. Juli 1872 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erschienenen XL. Bandes des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 99 das Gesetz vom 28. Juni 1872, betreffend die Zugeständnisse und Begünstigungen zum Behufe der Sicherstellung einer Locomotiveisenbahn von Pilsen über Klattau an die böhmisch-bairische Grenze bei Eisenstein;

Nr. 100 das Gesetz vom 28. Juni 1872 in Betreff der Herstellung einer von der Hauptlinie der priv. k. k. k. Eisenbahn bei Krems abweigenden, an die böhmisch-sächsische Grenze bei Raasdorf führenden Eisenbahnlinie;

Nr. 101 das Gesetz vom 28. Juni 1872, betreffend die Zugeständnisse und Begünstigungen zum Behufe der Sicherstellung einer Locomotiveisenbahn von Liebenau über Böhmisch-Leipa, Leitmeritz, Postelberg, Ratibitz, Beraun, Práibram und Brzowitz nach Pilsen bis zum Anschlusse an die Kaiser-Franz-Josephs-Bahn nebst Filialbahnen von Brzowitz über Straßnitz bis an die böhmisch-bairische Grenze bei Ruzschwarda mit der Richtung gegen Passau, von Postelberg nach Komotau und von Reichstadt oder Böhmisch-Leipa in der Richtung über Zwettau und Gabel gegen Zittau;

Nr. 102 das Gesetz vom 28. Juni 1872, betreffend die Zugeständnisse und Begünstigungen zum Behufe der Sicherstellung einer Locomotiveisenbahn von einem Punkte der Pilsen-Pragener Bahn nächst Mladá über Karlsbad an die böhmisch-sächsische Landesgrenze nächst Johann-Georgenstadt;

Nr. 103 das Gesetz vom 28. Juni 1872, betreffend die Herstellung einer Locomotiveisenbahn von Bozen nach Meran;

Nr. 104 das Gesetz vom 28. Juni 1872 in Betreff der Bedingungen und Zugeständnisse zum Behufe der Sicherstellung einer Locomotiveisenbahn von Bräx an die böhmisch-sächsische Grenze bei Mulde;

Nr. 105 das Gesetz vom 28. Juni 1872 in Betreff der Bedingungen und Zugeständnisse zum Behufe der Sicherstellung einer Locomotiveisenbahn von Klostergrab an die böhmisch-sächsische Grenze in der Richtung gegen Pirna;

Nr. 106 das Gesetz vom 29. Juni 1872, betreffend die Herstellung einer Locomotiveisenbahn von Larnow an die ungarische Landesgrenze bei Leluchow mit einer Abzweigung von Grybow nach Zagor;

Nr. 107 die Verordnung des Ackerbauministers vom 13. Juli 1872, womit der Zeitpunkt der Activierung der neu organisierten Bergbauhauptmannschaften und Revierbergämter festgemacht wird.

(Wr. Ztg. Nr. 257 vom 8. November.)

Nichtamtlicher Theil.

Mit Erlaß des Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 18. October d. J. sind Statthaltereierkenntnisse, durch welche dem evangelischen, beziehungsweise katholischen Vater N. N. das Recht abgesprochen wird, die mit seiner katholischen, beziehungsweise evangelischen Gattin erzeugten Kinder evangelisch, beziehungsweise katholisch zu erziehen, aufgehoben, und ist bei gemischten Ehen dem überlebenden Elternteile das Recht zuerkannt worden, das Religionsbekenntnis jener Kinder zu ändern, welche noch nicht das siebente Lebensjahr zurückgelegt haben. Der Herr Minister hält grundsätzlich daran fest, daß die Staatsverwaltung zur Beschränkung der väterlichen Gewalt in Sachen der Erziehung der Kinder erst dann mitzuwirken berufen sei, wenn für diese Mitwirkung eine keinem Zweifel Raum lassende gesetzliche Bestimmung sich geltend machen läßt. Nun können aber nach Art. 2 des interconcessionellen Gesetzes

vom 25. Mai 1868 Eltern, welche das Religionsbekenntnis der Kinder vertragsmäßig zu bestimmen berechtigt sind (also nach Art 1 des citierten Gesetzes Eltern von Kindern aus gemischten Ehen), dasselbe bezüglich jener Kinder ändern, welche noch nicht das siebente Lebensjahr zurückgelegt haben. Dieses Recht wird, wenn beide Eltern am Leben sind, durch Vertrag geübt werden, dasselbe kann aber auch, wenn ein Elternteil gestorben ist, dem überlebenden nicht abgesprochen werden. Dafür spricht, wenn nicht schon der Wortlaut des Art. 2, so doch der im Art. 1 aufgestellte Grundsatz, daß in der Regel derjenige, welchem das Recht der Erziehung bezüglich eines Kindes zusteht, das Religionsbekenntnis für dasselbe zu bestimmen hat.

Vom Tage.

In Betreff der angeblich im Zuge befindlichen Verhandlungen über die Wahlreform-Frage theilt ein wiener Correspondent des „B. Lloyd“ unterm 5. d. nachfolgendes mit: „Allmählig sichern einige Andeutungen über die Principien der Wahlreformvorlage durch, und so wird man belehrt, daß der Regierungsentwurf jedes bisher zur Vertretung berechnete Interesse gewissenhaft berücksichtigt. Aus dem Officiösen ins Gemeinverständliche übersetzt, heißt dies soviel, daß die Wahlreform auf dem Systeme der Interessenvertretung basiert, worüber niemand in Zweifel sein konnte. Allerdings ließe sich theoretisch und vom liberalen Standpunkte gegen die volle Berücksichtigung des Großgrundbesitzes bei der Wahlreform manches einwenden, allein die im Zuge befindliche Reform ist eine Frage politischer, und nicht ausschließlich liberaler Natur, und darum wird man auch zunächst die ersteren, und dann erst die letzteren Factoren ins Auge zu fassen haben. Die Verfassungspartei wird sich kaum einem Zweifel hingeben, daß das „Wie“ der Wahlreform unter den obwaltenden Verhältnissen vor dem „Wann“ zurücktreten muß, und fast scheint, als ob diese Anschauung bereits auch in dem heute im n. ö. Landtage eingebrachten Antrage praktischen Ausdruck finden sollte, nach welchem der Regierung eine beschleunigte Action in der Wahlreform zur Aufgabe gemacht wird. Eine beschleunigtere Action als die Vollendung des Elaborates und seine Einbringung beim Zusammentritte des Reichsrathes ist kaum denkbar, und darum richtet sich jener Antrag fast mehr an die Adresse der Verfassungspartei, als an die der Regierung.“

Wenn es andererseits richtig ist, daß in einem Samstag abgehaltenen Ministerrathe mit der Schlußberatung der Wahlreform begonnen wurde, dann dürfte diese auch bereits beendet sein, da gestern ein großer Theil der Minister anlässlich der Landtags-Eröffnung Wien verließ und dies gewiß nicht, ohne einen Abschluß erzielt zu haben, gethan haben würde. Zur Befräftigung dieser Auffassung mag noch der Umstand dienen, daß man die Versendung des Elaborates an die Abgeordneten noch für diese Woche ankündigt. Unter diesen Verhältnissen klingt es gar nicht unwahrscheinlich, wenn verlautet, daß die Minister den Wahlreformentwurf vielleicht bereits auf die Reise mitgenommen haben dürften. Was nach der Raschheit, mit der jene Schlußberatungen im Ministerconferenzen endeten, von den aus dem Auslande importierten Gerüchten zu halten ist, im Ministerium hätten sich tiefgreifende Meinungsdivergenzen über die Principien des Entwurfes geltend gemacht, ist mit Händen zu greifen. Diese Erfindung ist nur ein Glied in der Kette jener systematisch betriebenen Verdächtigungen der Action des Cabinets, die von feudaler oder einer anderen Seite ausgehen.“

Der „Bester Lloyd“ meldet: „In Sachen der Bankfrage wurde der Ministerpräsident telegraphisch verständigt, daß die diesfälligen umfangreichen Protokolle, mit der Genehmigung Sr. Majestät versehen, an die österreichische Regierung abgegangen sind, welche nunmehr ihre Intervention behufs Erhöhung der Dotation der ungarischen Filialen sofort eintreten lassen kann. Finanzminister Kerkapoly begibt sich demnächst nach Wien, um die Angelegenheit persönlich zu betreiben, und hofft binnen wenigen Tagen das gewünschte Resultat zu erzielen.“ — Mit Rücksicht auf die Erbitterung und Agitation, welche sich in den gewerblichen Kreisen zeigt und welche namentlich darin ihren Grund hat, daß den kleineren Geldinstituten von den Bankfilialen alle Einreichungen unzensurirt zurückgewiesen werden, ersucht der „Bester Lloyd“ dringend die Regierung, sie möge in der Bankfrage unaufgeklärt eine Entscheidung herbeiführen, um einer förmlichen Krise vorzubeugen. Vom

Geldmarkte wird gemeldet, daß die Versorgung von Effecten heute leichter, die Platzierung von Wechseln aber noch immer schwierig ist.

Bur Action der Landtage.

Ueber die bisher zutage getretene Tendenz der Verhandlungen der diesseitigen Landtage äußert sich das „Fremdenblatt“ in folgender Weise: „Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so ist in sämtlichen österreichischen Landtagen der Entschluß vorherrschend, den staatsrechtlichen Streitigkeiten so viel als möglich aus dem Wege zu gehen. Die verfassungstreuere Partei hat keine Veranlassung, in den Landtagessitzungen hochpolitische Discussionen zu eröffnen. Als Tummelplatz für staatsrechtliche Agitationen hat dieselbe die Landtage niemals angesehen. So wird sie es auch diesmal halten, da ihr daran gelegen sein muß, die Landesangelegenheiten in Ordnung zu bringen. Die kurze Spanne Zeit, die den Landtagen zugemessen ist, soll nicht mit unnützen Debatten über die Constituierung des Reiches ausgefüllt werden.“

Registrieren wir die Action der einzelnen Landtage vom 7. d. M.

Niederösterreich. In der nächsten Sitzung des nied. österr. Landtages wird von Seite des Landesauschusses eine Vorlage eingebracht, betreffend Erhöhung der Gehalte für die Landesbeamten und Diener. Das Gesetz ist conform dem vom Reichsrathe beschlossenen Gesetze für die Staatsbeamten; außerdem sollen die in Wien domicilirten Landesbeamten und Diener für das Jahr 1873 eine außergewöhnliche Remuneration erhalten. In einem weiteren Antrage des Landesauschusses verlangt dieser vom Landtage die Indemnität für ausbezahlte Gehaltserhöhungen an die Landesbeamten und Diener, welche diese schon von März 1872 erhielten.

Salzburg. Wahlen der Ausschüsse und der Schriftführer und sodann die erste Lesung der 14 Landesauschussberichte wurden vorgenommen, welche den betreffenden Ausschüssen zugewiesen wurden. Hervorzuheben unter den Vorlagen sind: die Bauordnung für die Stadt Salzburg, das Statut der Grandasscuranz, das Gesetz in Betreff der Vermittlungsämter und das Gesetz wegen Aufhebung des Schulgeldes an den Volksschulen.

Tirol. Als weitere Regierungsvorlage wurde ein Gesetzentwurf über einige Abänderungen der Landesvertheidigungsordnung vom Jahre 1870 eingebracht.

Steiermark. Dem Hause werden zwei Regierungsvorlagen vorgelegt, und zwar ein Gesetzentwurf, wodurch die Organe bestimmt werden, welche zur Entscheidung berufen sind, ob durch einen Grundtausch eine bessere Bewirthschaftung bewirkt werde, und ein Gesetzentwurf, betreffend die Beitragsleistung der aus einem anderen Lande übertretenden Lehrer der öffentlichen Volksschulen zur Pensionskasse. — Baron Waiterskirchen interpellirt den Statthalter wegen Ausschließung eines Kaplans vom Religionsunterrichte an der Volksschule in Kapfenberg. Nach der öffentlichen fand eine vertrauliche Sitzung statt.

Böhmen. Graße referirt über die Abänderung der Schulgesetzbestimmungen, welche die Beitragsleistung des Landes zu Schulwerken normieren. Der Landesauschussantrag wird einer fünfzehngliedrigen Commission übergeben, worauf die Wahl dieser und der Petitionscommission stattfindet.

Mähren. Der Statthalter legt einen Gesetzentwurf über die Schonzeit des Wildes vor. Die Ausschüsse haben sich constituirt. Der Antrag für die Aufhebung des Schulgeldes zu erwägen, wird an den Schulausschuß gewiesen. Der Landesauschuss wurde beauftragt, die Verhandlungen wegen Erbauung von Ca-valleriekasernen weiter zu führen.

Schlesien. Die Anträge wegen Ankaufes eines Nachbarhauses des allgemeinen Krankenhauses zu dessen Erweiterung, wegen Herausgabe einer schlesischen Heimatskunde gegen ein Honorar von 100 Ducaten, dann wegen Unterstützung für die Uberschwemmten in Böhmen werden bewilligt. Ebenso wurden noch mehrere andere Anträge von rein localem Interesse theils bewilligt, theils den Ausschüssen zugewiesen.

Bur Kreisordnungsvorlage.

Die Nat.-Ztg. beschäftigt sich eingehend mit der Stellung der preussischen Regierung zur Taktik der Feudalen. Wir wollen die maßgebenden Stellen hier reproducieren: „Wenn, wie mehrfach verlautet, jetzt zwischen der Regierung und den Führern der für das Zustandekommen

der Kreisordnung eingetretenen Parteien Verhandlungen über die Kreisordnungsvorlage geführt werden sollen, so kann man mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß man zu Abänderungen seitens des Abgeordnetenhauses sich nur in minder wesentlichen Punkten verstehen wird, etwa in denen, welche die freie Commission des Herrenhauses selbst zu ändern vorgeschlagen hat. Alle Hauptpunkte, namentlich die Zusammensetzung des Kreistages, die Bestimmung seiner und des Kreisausschusses Functionen, die Bestellung der Organe im Kreise, die Beseitigung der Ueberreste des Patrimonial- und Feudalstaates, müssen unangetastet bleiben. In allen wichtigen Punkten sind die Compromisse bereits vollzogen, und es sind die liberalen Parteien gewesen, welche die Hand zur Verständigung weit übergeben gereicht und den conservativen Principien Zugeständnisse gemacht haben. Wie allgemein angenommen wird, soll die Kreisordnung nach dem 12ten November zuerst dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden, und es ist nun zu erwarten, daß es im wesentlichen eine Sanction eines bis dahin herbeizuführenden Einvernehmens sein wird, um welche es sich bei den Abgeordneten zu handeln haben wird.

Um die gleiche Sanction im Herrenhause herbeizuführen, werden umfassende Ernennungen neuer „Herren“, wie jetzt zweifellos ist, vorgenommen werden. Was in dieser Beziehung aber über Zahl und Persönlichkeiten durch Wort und Schrift verbreitet wird, hat bis jetzt nur den Werth von Combinationen, wie sie durch die tatsächliche Lage der Verhältnisse nahe gelegt sind. In Regierungskreisen ist man sich dessen bewußt, daß es sich bei dem Patrischub nicht bloß um die Kreisordnung handelt, sondern um die Unschildlichmachung der reactionär-ultramontan-polnischen Liga, welche auch jetzt sich wieder zusammengefunden hat, um die Verfolgung von Preußens Beruf zu kreuzen. An entscheidender Stelle wird die gegenwärtige Situation jetzt durchaus in der angegebenen Weise aufgefaßt und von ministerieller Seite wird die gleiche Ansicht in der folgenden viel verbreiteten Notiz ausgeführt:

Der Kaiser, heißt es, übt, wenn er von dem Rechte des Patrischubes in dem vorliegenden Falle Gebrauch macht, zugleich eine nationale Pflicht, indem er dadurch die Macht einer der deutschen Politik grundsätzlich entgegenstehenden Coalition bricht, welche sich, wie die jüngsten Erscheinungen im Herrenhause vor aller Augen klar dargelegt, aus den Ultraconservativen, den Ultramontanen und Polen gebildet hat. Angesichts der Vorgänge und Abstimmungen im Herrenhause, bei welchen die Ultramontanen bis auf den letzten Mann sich der Opposition gegen die Kreisordnungsvorlage angeschlossen, wird man nicht überrascht sein können, wenn man erfährt, daß diese unbedingte Unterstützung der ultraconservativen Bestrebungen auf einem Compromiß beruht, welchem zufolge bei den bevorstehenden Debatten über die Gesetze zur Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche die feudale Partei des Herrenhauses eine ebenso unbedingte Unterstützung der Opposition der katholischen Partei zu gewähren verpflichtet ist. Der Patrischub wird aber auch für diese Coeualität die einzig richtige Vorbereitung von Seiten der Staatsregierung sein, und es wird alsdann auch zur Vertretung der kirchlichen Gesetze nicht des persönlichen Eingreifens des Ministerpräsidenten bedürfen.

Auch mit Bezug auf die Personen treten die Consequenzen des Ereignisses der vorigen Woche hervor. Wie Herr von Rügow, so wird auch Herr v. Wiegand, der wie jener namens der „Domcapitel“ die Kreisordnung verwarf, aus dem Staatsdienste scheiden.

Der Wahlkampf in Nordamerika,

in den Vereinigten Staaten der großen Republik wurde, wie der „N. A. Ztg.“ aus Washington geschrieben wird, zwischen den beiden Hauptparteien, nämlich der republikanischen wie der liberal-demokratischen, auf Grund der von jeder Partei aufgestellten Nationalplattformen geführt. Eine enorme Thätigkeit ward dabei von jeder Partei in der Voraussicht entfaltet, daß in dem Verlaufe dieser Staatswahlen die verlierende Partei auch ihr Schicksal in der bevorstehenden Wahl besiegelt finden werde. Hunderttausende von Dollars sind in Jackelzügen jeder Partei, in unzähligen Wahl-Documenten und für öffentliche Redner gespendet worden. Das Wahlergebnis ist nun zu Gunsten der republikanischen Partei mit großen Mehrheiten ausgefallen, so daß die Wiederwahl des republikanischen Präsidenten schon am 10. October als gesichert zu betrachten war. Schon vorher, im September, hatten die Staatswahlen in den Neu-England-Staaten Vermont, Connecticut, New-Hampshire, Maine, sowie im südlichen Staate Nord-Carolina ebenfalls republikanische Mehrheiten ergeben; die liberal-demokratische Partei, an deren Spitze der Präsidentschaftscandidat Horace Greeley steht, wurde überall geschlagen, trotzdem daß Herr Greeley selbst den für einen hohen Candidaten ungewöhnlichen Weg eingeschlagen, verschiedene Staaten in öffentlichen Reden zu adressieren. Fragt man nach dem Grunde des Sieges der republikanischen und der Niederlage der liberal-demokratischen Partei, so findet man ihn hauptsächlich in zwei Umständen. Einmal hat die republikanische Administration die öffentlichen Finanzen ebenso ehrlich wie gewissenhaft geführt, die Nationalschuld in kurzer Zeit um 360 Millionen verringert und dabei die Steuern und Zölle außerordentlich ermäßigt, so daß sie das Vertrauen des Volkes und namentlich der gesamten prosperierenden Geschäftswelt sich erworben hat. Andererseits hat die Verbindung der liberal-demokratischen Partei mit den Ex-Rebellen des Südens die begründete Befürchtung hervorgerufen, daß mit dem Siege der liberal-demokratischen Partei das demokratische Rebellen-Element an das Ruder der Herrschaft gelange, und die durch Unterjochung der Rebellen errungenen nationalen Rechte der Sklaven-Emancipation, der Gleichberechtigung und der Befestigung der Union wieder vereitelt werden möchten. Denn man darf nicht übersehen, daß in den südlichen Staaten infolge der früher bestandenen Sklaverei die zur Freiheit und Gleichberechtigung erhobenen zahlreichen Neger fortwährend Verfolgungen der Weißen ausgesetzt sind. Noch ganz kürzlich hat man im Staate Georgia die stimmberechtigten Neger mit Gewalt von den Stimmkästen getrieben, und in West-Virginien hat man sogar gegen das ausdrückliche Amendement der Nationalconstitution eine neue Staatsconstitution adoptiert und darin die Neger ohne Ausnahme für unmählbar und unberechtigt zu irgend einem Amte erklärt. Unter solchen Umständen, die durch anderweitige Verfolgungen der Neger, durch straflose Mißhandlung und durch Mord noch erschwerender werden, erscheint der von der liberal-demokratischen Partei proclamirte sublimen Grundsatz der Versöhnung des Südens leider als eine Illusion.

Der Wahlkampf ist noch nie so bitter gewesen, wie in der gegenwärtigen Präsidentschaftswahl. Nicht nur die Präsidentschafts-Candidaten der beiden Hauptparteien, General Grant von der republikanischen und Horace Greeley von der liberal-demokratischen Partei, werden persönlich in Rede und Schrift heruntergezogen und herabgewürdigt, sondern auch hervorragende Politiker,

Senatoren und Congressmänner beider Parteien waren der bittersten Verleumdung ausgesetzt, um ihre Wirksamkeit in der Wahlagitacion zu zerstören. Es gibt namentlich einzelne Presseorgane, die das äußerste in dem Felde der Verleumdung leisten; zu diesen gehört ganz besonders der newyorker „Sun“, ein liberal-demokratisches Blatt, welches lediglich von Sensationsgeschichten und gemeinen Lügen seine Existenz fristet. Die gegenwärtige republikanische Administration ist von der liberal-demokratischen Presse und von den öffentlichen Rednern dieser Partei dermaßen angegriffen und verleumdet worden, daß vom Präsidenten bis zum letzten Postmeister herunter alle Beamten als käufliche Creaturen, ja wenig besser als eine Räuberbande erscheinen müßten; z. B. das öffentliche Schatzamt werde — so lauten diese Verleumdungen — von Dieben geleitet, die zum Betrage von vielen Millionen falsche Bonds und falsche Banknoten ausgeben, der Finanzminister verdecke diesen Betrug durch falsche Berichte u. s. w. Ein bekannter Redner erklärte daher neulich öffentlich: „Der Strom der Verleumdung ist über alle Grenzen hinausgeschritten, so daß man glauben muß, das Volk wähle keine Candidaten für die höchste Würde der Präsidentsatur, sondern Candidaten für das Zuchthaus.“ Es ist dies eine traurige Schattenseite der überbedingten Pressefreiheit, obgleich andererseits ein Correctiv dieser Verleumdungen in der besseren intelligenten Presse sich stets geltend macht. Natürlich steht den verleumdeten Personen das Recht der Klage auf Schadenersatz zu, allein die Prozesse sind zu langsamer Natur, um noch rechtzeitig vor der Wahl einen durch Verleumdungen angegriffenen Candidaten zu rechtfertigen.

Politische Uebersicht.

Wien, 10. November.

Das ungarische Justizministerium wird demnächst Gesegentwürfe über die Auflösung der Finanzgerichte und die Vermehrung des Wechselgerichtspersonales vorlegen. — Das Abgeordnetenhaus wählte den 7. d. die Mitglieder der Fachcommission zur Berathung der militärischen Vorlagen. Das Elaborat des Ministeriums des Innern in Betreff der Organisation der Staatspolizei ist fertig und zur Vorlage bereit. — Die kroatische Regnicolardeputation unterbreitete den 8. d. dem Präsidenten der ungarischen Regnicolardeputation den ausgearbeiteten Gesegentwurf sammt Motivierung. — Der Gesegentwurf besteht aus 15 Paragraphen und einem Anhang von 9 Paragraphen, der über die Erreicherung eines gemeinsamen Reichsgerichts handelt, welches über Angelegenheiten entscheiden wird, deren Gemeinsamkeit nicht festgestellt werden kann. — Die Kroaten verlangen in dem Entwurfe die Ernennung des Banus ohne Gegenzeichnung des ungarischen Ministerpräsidenten, die Vermehrung der Zahl der in den ungarischen Reichstag zu entsendenden Mitglieder um 5, und die Herabsetzung der zu den gemeinsamen Angelegenheiten zu zahlenden Quote; ferner die Abschaffung des Pauschalsteuers, freie Verfügung über die directen Steuern und Systemisirung einer besonderen Stelle für einen Finanzreferenten im Kreise der kroatischen Landesregierung.

Der Adjutant des Landescommandirenden FML. Molinary weilte seit einigen Tagen in Pest, um der Regierung über die Angelegenheiten der Militärgrenz zu referieren.

Der preussische Bundesrath beschäftigte sich in seiner letzten Plenarsitzung ausschließlich mit el-

Seussleton.

National-ökonomische Studien.

Baurath Franz Potocnik hat das Resultat seiner Studien über die Nothwendigkeit der Belebung des österreichisch-ungarischen Welthandels nach Ost- und Westindien, Siam, China und Japan in einer Denkschrift niedergelegt, die wir in der Erwägung, als sie aus einer heimathlichen Feder herrührt, unseren Leserkreisen mittheilen wollen. Der Verfasser schreibt:

Am 6. Juli 1871 ist Seiner k. k. Majestät Corvette „Fajana“ aus dem Hafen von Triest abgefahren, um den Regierungen von Siam, China und Japan jene vom vorjährigen Reichsrathe genehmigten und von Sr. Majestät ratificirten Handelsverträge zu überbringen, welche der k. k. Gesandte und bevollmächtigte Minister in außerordentlicher Mission, zugleich Befehlshaber der k. k. Escadre, Contre-Admiral Anton Freiherr von Bey in den Jahren 1869 und 1870 mit jenen Regierungen abgeschlossen hat.

Zufällige und persönliche Verhältnisse legten mir umfomehr ein näheres Studium der ostasiatischen Verhältnisse, namentlich aber dessen Handelsbeziehungen nahe, als mich die laibacher Handels- und Gewerbekammer mit dem Diplome eines ihrer correspondierenden Mitgliedes beehrte, und ich zufolge dessen gewissermaßen die Pflicht übernahm, meine gegenwärtige freie Zeit den Handelsinteressen meiner engeren Heimat zu widmen.

Je tiefern Einblick ich diesfalls in unsere geographischen und Handelsbeziehungen gegenüber jenen frem-

der Welttheile gewonnen habe, desto lebhafter und überzeugender prägte sich in mir die Ueberzeugung aus, daß Oesterreich in dieser Richtung hin eine bisher noch gar nicht zu ermessende Zukunft, gleichzeitig aber das in Oesterreich anerkanntermaßen vorhandene Großkapital Veranlassung und die Pflicht habe, schon gegenwärtig mit vollster Energie in die zukunftsreiche und lucrative Action zu treten, um den beiden Emporien von Triest und Fiume im südlichen Europa je eher dieselbe Rolle im Welthandel zuzutheilen, welche Liverpool, Hamburg und Bremen im Norden unseres Welttheiles so siegreich behaupten.

Ich kann alles das, was ich in den weitesten Kreisen und namentlich in den Kreisen unserer finanziellen haute volée verbreitet wissen möchte, nicht besser zum Ausdruck bringen, als wenn ich hier einige diesfällige Bemerkungen des bekannten National-Ökonomen Dr. Carl v. Scherzer voransende.

Dr. Scherzer sagt:

„Seit Jahrhunderten war das Hauptaugenmerk der Navigatoren auf das östliche Morgenland, auf die asiatische Wunderwelt gerichtet. Sogar die kühnen Unternehmungen des großen Genuesen zielten eigentlich nur auf die Lösung des Problems hin, einen nähern, minder gefährlichen Seeweg nach Indien aufzufinden, und ungeahnt entdeckte Columbus eine neue Welt, während er durch eine atlantische Ueberfahrt den Ostrand Asiens zu erreichen glaubte.“

In dem Maße, als die industrielle Entwicklung Europas zunahm, steigerte sich auch das Interesse für die reichen Culturstaaten im Süden und Osten Asiens, welche in ihren natürlichen Schätzen an köstlichen Ge-

würzen, an werthvollen Drogen und wichtigen Hilfsstoffen für die Industrie dem Welthandel ein unermeßliches Feld lohnendster Thätigkeit darboten.

Selbst die spätere Colonisirung anderer außereuropäischen Länder, die imposanten Niederlassungen in Amerika, Südafrika, Australien und Neuseeland, so wie die vermehrten Bedürfnisse ihrer heutigen Bewohner vermochten nicht die Bedeutung des indischen und ostasiatischen Marktes für den Kaufmann so wie für den Schiffsrheder zu beeinträchtigen, vielmehr zog es den Unternehmungsgeist immer mächtiger zu einem Handelsgebiete hin, wo sich durch den Culturzustand der Eingebornen die doppelte Aussicht eröffnete, die kostbarsten Producte der tropischen und subtropischen Zone gegen die Erzeugnisse des europäischen Gewerbefleißes tauschen zu können. Und dieses unaufhaltsame Drängen des Speculationsgeistes nach Osten nahm in neuester Zeit noch großartigere Dimensionen an, wo das steigende Begehren nach indochinesischen Producten die Erleichterung und Verwohlfeilung der Transportmittel und die Herstellung einer neuen Weltverkehrs-Passage, welche die Mittelmeerhäfen dem indischen Continent um mehrere tausend Meilen näher rückt, eine Ausdehnung der Handelsbeziehungen in dieser Hinsicht so verlockend macht! Dermalen stellen British-Indien, Siam, China und Japan ein Handelsgebiet mit einer Einwohnerzahl von etwa 600 Millionen Seelen oder über die Hälfte der Gesamtbevölkerung der ganzen Erde dar; die Werthe des jährlichen Umsatzes an Producten und Waren, welcher durch eine Schiffsbewegung von fast 3 Millionen Tonnen vermittelt wird, erreichen die Summe von

— (Militärisches.) Krainisches Landwehr-Bataillon Rudolfswerth Nr. 24: Provisorischer Bataillonscommandant und Vorstand der Landwehr-Evidenzhaltung: Souppmann erster Klasse Karl Freiherr Hellesen v. Helversheim, Evidenz- und Verwaltungssoffizier: Hauptmann erster Klasse Franz Dobrauz Instruotionssoffiziere: Hauptmann erster Klasse Johann Denfel, Oberlieutenant Karl Komp, Lieutenant Karl Dollar. Krainisches Landwehr-Bataillon Nr. 25: Bataillonscommandant und Vorstand der Landwehr-Evidenzhaltung: Titularmajor Michael Lang, Evidenz- und Verwaltungssoffizier: Hauptmann erster Klasse Anton Huber v. Otkog, Instruitionssoffiziere: Hauptmann erster Klasse Franz Herzmann, Oberlieutenant Franz Pakitsch, Lieutenant Anton Flux.

— (Localbericht. 1. Jakob Pressel, Bäckerlehrlinge aus Hamdovitz, Bezirk Rudolfswerth, und Franz Schuster, Bäckergehilfe aus Unter-Gallenberg, wurden in der Polana Haus-Nr. 6 wegen Diebstahls zweier Regenschirme angehalten. 2. Der flehentlich verfolgte Schneider Anton Ruschka hat sich bei der hiesigen Sicherheitsbehörde selbst gestellt. 3. Bei der Harpie des Hausbesizers Jakob Lammann am Raibachfelde nächst der Jakobstrasse wurde am 28. v. M. ein neugeborenes todtcs Kind aufgefunden. 4. Dominik und Franziska Pavan aus Venedig wurden wegen verbotener Rückkehr in die österr. Staaten, bedenklichen Verkaufes von Zigarren, Besizes einer Barschaft von 100 fl. und Hausrerwaren angehalten. 5. Die Magd Johanna Strecl aus Altlal, Bezirk Krainburg, wurde wegen Tücheldiebstahls dem competenten Gerichte eingeliefert. 6. Der 26jährige irrsinnige Grundbesizersohn Franz Söck aus Nadgoritz hat sich aus dem elterlichen Hause, unwissend wohin, entfernt. 7. Der Vagant Sebastian Mihelic aus Raibach wurde wegen Diebstahl, Beleidigung und gewaltsamer Drohungen der Gerichtsbehörde gestellt. 8. Dem Urban Reher in Schischka wurden Kleidungsstücke und Wäsche von unbekanntem Thäter gestohlen. 9. Mathias Lodenstör aus Lodenice wurde wegen Effecten-, Wäsche- und Kleidungsdiebstahls arretiert. 10. Der Knecht Suppanz wurde wegen körperlicher Mishandlung in Untersuchung gezogen. 11. Dem Johann Miltanc aus Moste Nr. 34 wurde eine silberne Uhr sammt silberner Kette im Werthe von 16 fl. von unbekanntem Thäter gestohlen. 12. Ein Pfandzettel, auf einen Vorleglöffel und 9 fl. Werth lautend gerieth in Verlust. 13. Jakob Benedek aus Dolanovas bei Laß wurde wegen Veruntreuung von Waren im Werthe von 10 fl. beanständet. 14. Die beiden Kutscher Franz Ziegler aus Schischka und Anton Stolar aus Dravljc wurden wegen Exceß und Schlägereien von der städtischen Sicherheitswache arretiert. 15. Dem Handlungscommis Johann Stofer wurden ein schwarzer Anzug, Hemden u. s. w. im Geldwerthe von 36 fl. von unbekanntem Thäter entwendet.

— (Ein Schadenfeuer) kam heute nachts in Kleinitz zum Ausbruche. Die hiesige Feuerwehr rückte zahlreich vertheilt auf den Brandplatz ab, und den angestrengten Bemühungen derselben gelang es, daß das höchst gefährdrohende Feuer bewältigt wurde. Zwei Bauernhäuser, vier Wirtschaftsgeläude, 13 Stück Rinder und 8 Schweine wurden ein Raub der Flammen. Die Feuerwehr kehrte heute 8 Uhr morgens vom Brandplatze zurück.

— (Aus dem Amtsblatte.) Rundmachung betreffend die Siftierung des am 18. d. hier abzuhaltenden Viehmarktes wegen der im Lande herrschenden Maul- und Klauenseuche.

— (Die Gitalnica in Mötting) feierte am 3. d. den siebenten Jahrestag ihres Bestehens. Am 24. wird eine Abendunterhaltung stattfinden, bei welcher Kogebue's Lustspiel „Der gerade Weg der beste“ in Szene geht.

— (Theaterbericht vom 9. d.) Die ausübenden Kräfte unseres Schauspiels wagten sich an Schillers „Cabale und Liebe,“ und siehe da, Fortuna war den Bühnen günstig. Des großen deutschen Dichters bürgerliches Trauerspiel ging recht anständig über die Bretter. Die nachfolgend bezeichneten Egenen wurden mit besonde-

rem Fleiß gegeben, 'und zwar 1. Akt, 5. und 7. Szene. — 2. Akt, 2. 3. 6. und 7. Scene. — 3. Akt, 2. und 6. Scene. — 4. Akt 3. und 7. Scene. — 5. Akt, 7. und letzte Scene. Leider erfuhr die Originaldichtung in den Szenen des ersten Actes Satz- und stellenweise Kürzungen; sogar ganze Szenen fielen aus, um die Dauer der Vorstellung nicht übermäßig auszudehnen. Das mittelmäßig besuchte Haus folgte der guten Aufführung mit aufmerksamem Interesse und zollte den einzelnen eminent gegebenen Stellen lauten Beifall. In erster Linie verdienen Herr Carode (Ferdinand), Frä. Brand (Louise), sodann die Herren Bauer (Präsident), Aulim (Hofmarschall), Kozky (Wurm) volle Anerkennung ihrer Leistungen. Fräulein Brambilla's Kräfte reichen zur effectvollen Darstellung der stolzen, herrschenden und zuletzt mit Resignation zusammenbrechenden Britin wohl nicht aus, aber Frä. Brambilla trat mit Eleganz in Scene, leistete das Mögliche und brachte die Resignationszene meisterhaft zur Geltung. Herr Widaner (Miller) war im ersten Acte minder genügend, aber in den späteren Acten bemüht, den schlichten, kernigen, bürgerlichen Charakter recht entsprechend darzustellen. Herr Böller gab die Schwachsene im Salon Milford mit Wärme. Die Träger der Hauptrollen wurden mehrmals beifällig hervorgehoben.

— (Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte in Laibach.) Am 13. November. Ventin Pipan und 5 Genossen: Diebstahl und Betrug; Josef Semič: schwere körperliche Beschädigung; Andreas Jančar: Diebstahl. — Am 14. November. Josef Prašovic und Genossen: Diebstahl; Johann Kranjc: öffentliche Gewaltthätigkeit. — Am 15. November. Johann Ravnihar: Diebstahl; Johann Toman und Johann Burja: öffentliche Gewaltthätigkeit; Franz Remc: schwere körperliche Beschädigung.

Neueste Post.

Dresden, 8. November. Das „Dresd. Journal“ meldet: Ihre Majestäten empfingen heute von 9 bis 2 Uhr die zur Beglückwünschung hier eingetroffenen fremden und sächsischen Militärdeputationen, ertheilten dem Grafen Beust und dem französischen Botschafter in Berlin, Gontaut-Biron, besondere Audienzen und nahmen die Glückwünsche des diplomatischen Corps und der besonderen Abgesandten mehrerer Fürsten, sowie von zahlreichen Landesdeputationen überreiche reiche Ehren-
gaben entgegen. Der König ertheilte mehrfache Gnaden-
bezeugungen Kriegsminister Fobrice wurde zum General der Cavalerie ernannt und dem früheren Kriegsminister Rabenhorst der Charakter eines Generals der Infanterie verliehen. Nachmittags um 3 Uhr ist die Königin-Witwe Elisabeth von Preußen, Zwillingsschwester der Königin von Sachsen, eingetroffen. Die Stadt ist festlich geschmückt und beslaggt.

Paris, 8. November. Thiers beglückwünschte den Präsidenten Grant zu seiner Wiederwahl. Thiers wird erst Mittwoch oder Donnerstag die Botschaft in der Nationalversammlung verlesen. Es scheint gewiß zu sein, daß vor Ablauf von 14 Tagen kein die Verfassung betreffender Antrag in der Nationalversammlung eingebracht wird. Man versichert, daß sodann der Präsident Greiv die Wahl einer Commission beantragen werde, welche sich mit sämmtlichen constitutionellen Fragen zu befassen hätte. Die Annahme dieses Antrages ist wahrscheinlich. England und Portugal wählen Thiers zum Schiedsrichter in der Streitfrage betreffs Indiens.

Telegraphischer Wechselkurs

Papier-Rente 65.85. — Silber-Rente 70.15. — 1860-
Staats-Anleihen 102.80. — Bant-Actien 994. — Credit Fonci
335. — Rouben 107.75. — Silb: 106.65. — A l'Etat Du-
cane 5.11. — Novoborobor 8.62.

Lottoziehung vom 9. November.

Triest: 82 80 55 47 31.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 9. November. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 12 Wagen mit Getreide, 7 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 69 Ztr., Stroh 41 Ztr.), 17 Wagen und 5 Schiffe (40 Klasten) mit Holz.

Durchschnitte = Preise.

	fl. fr.	fl. fr.		fl. fr.	fl. fr.	
Weizen pr. Megen	6	—	6 97	Butter pr. Pfund	43	—
Korn	3 80	4	15	Eier pr. Stuck	—	24
Gerste	3	—	3 22	Milch pr. Maß	10	—
Hafer	2	—	2 10	Rindfleisch pr. Pfd	24	—
Falschschmalz	—	—	5 6	Kalbsteisch	30	—
Veiden	2 90	3	46	Schweinefleisch	24	—
Sirke	3 20	3	47	Schöpfenfleisch	16	—
Kufentuch	—	—	3 95	Hämbel pr. Stuck	30	—
Erbsäfel	1	70	—	Lamben	15	—
Pinken	5	40	—	Hen pr. Centner	1 25	—
Erbsen	5	50	—	Stroh	1	—
Risolen	4	60	—	Holz, hart, pr. Risi.	—	6 60
Rindschmalz Pfd	—	53	—	— weiches, 22"	—	4 70
Schweinefchmalz	—	44	—	Hein, roth, Timer	—	14
Speck, frisch,	—	34	—	— weicher	—	12
— geräuchert	—	42	—			

Angefommene Fremde.

Am 8. November.

Elfsant. Bräuntmeier, Gutsbesitzer, Zobelsberg — Kain-
der, Kfm., Mordau's — Gorjau, Particularier, Trieste. —
Dr Tansferr, Weizelburg. — Ritter v. Kappus, Kropp. —
Graf Barbo, Krosenbach. — Mad. Zehentmeier, Wien. —
Reisp, t. t. Major, Bettau. — Ffischer, Tschakathurn. —
Gurkholder, Wien. — Neuner, Fabrikbesitzer, Klagenfurt. —
Kameny, Kaposvár. — Sonnenberg, Tschakathurn. — Deutsch,
Worradin. — Korniger, Fabrikant, Steinbrück. — Kasselitz,
Materla. — Raic, sammt Familie, Trieste. — Marie Kalin,
Landstraf.

Wien. Urbanfchitsch, Besitzer, Höllein. — Tschiguer,
Ingenieur's-Gattin, Bittinia. — Gantsch und Schreiner, Kauf-
leute, Wien.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

November	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° Q. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Witterung: Wind Sturm etc.	Niederschlag binnen 24 St. in Millimetern
9.	6 U. Mg.	741.50	+ 4.1	windstill	Nebel	
	2 " N.	740. ²⁸	+ 10.4	windstill	halbheiter	0.00
	10 " Ab.	738. ³⁷	+ 5.0	windstill	ganz bew.	
10.	6 U. Mg.	732. ⁵³	+ 5.2	windstill	Nebel	
	2 " N.	727. ¹²	+ 10.0	SW. 3. stark	Regen	5.55
	10 " Ab.	723. ⁵¹	+ 12.1	SW. 3. stark	f. ganz bew.	Regen

Den 9. Morgennebel, tagüber dünn bewölkt. Abendroth. Mondhof und Mondhale, den 10. Morgennebel, seit 8 Uhr Vorm. abwechselnd Regen, Sciroccoströmung, Südwestwind schwache heftig. Das Tagesmittel der Wärme an beiden Tagen $+6.5^{\circ}$ und $+9.1^{\circ}$; beziehungsweise um 1.5° und um 4.1° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Reimann.



Für die freundliche Theilnahme während der langen Krankheit und für die so zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte unserer unvergesslichen Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau

Josefa Urbantschitsch

verw. gewesenen Kastell,

Bittgerswitwe

sagt allen Freunden und Bekannten den herzlichsten
Dank

im Namen aller Angehörigen der tiefbetrübte Sohn

Raimund Kastelitz,

1. L. Landesregierungs-Rechnungs-Official.

Börsenbericht.

Vorlenbericht. Wien, 8. November. Die fortdauernd günstigen Geldverhältnisse setzten die Börse in rosigte Stimmung. Ohne namhaften Widerstand vollzog sich eine allgemeine Erhöhung der Preise, welche sich auch auf Silberpapiere und auf Devisen erstreckte, da die Meinung vorherrscht, daß das Herabgehen des Agio's wesentlich auch durch Trostirungen behufs Goldbeschaffung bewirkt worden sei. Aus dem im allgemeinen freundlichem Bilde der Börse haben sich nur wenige Papiere durch besonders rasches und intensives Steigen, fast keines durch retrograde Bewegung ab. Zu den ersteren gehörten österr.-allg. Bank, Lloyd, Bankverein und Tramway.

A. Öffentliche Anleihen		Wiener Communalanleihen, rück- u. Gold Rente		Gold Rente		Gold Rente	
für 100 fl.		zahlbar 5 pCt. für 100 fl.		88 — 83 50		Gold Rente	
B. Aktien von Staatsanleihen.				Gold Rente		Gold Rente	
Einheitsliche Staatsanleihe zu 5 pCt. in Noten verzinst. Mai-November				65 90 66 —		Stiebn. Bahn in Silber verz. 87 — 87 50	
" Silber " Februar-August				65 90 66 —		Staatsb. G. 3% a 500 Kr. „l. Em. — — —	
" Silber " Jänner-Juli				70 20 70 10		Stiebn. G. 3% a 500 Kr. pr. Stüd 108 — 108 50	
" Silber " April-October				70 20 70 30		Stiebn. G. a 200 fl. 5% für 100 fl. 92 — 92 50	
Rente v. J. 1889				340 50 341 —		a 500 Kr. pr. Stüd — — —	
" " 1884 (4%) zu 250 fl.				92 50 93 —		Ung. Ostbahn für 100 fl. 75 75 76 25	
" " 1869 zu 500 fl.				102 50 102 75		C. Privatpapiere (per Stüd).	
" " 1860 zu 100 fl.				123 50 124 —		Kreditanstalt f. Handel u. Gew. Gold Rente	
" " 1864 zu 100 fl.				143 — 143 50		zu 100 fl. 8. B. 183 — 184 —	
Staats-Domanen-Pfandbriefe zu 120 fl. 8 B. in Silber				112 — 113 —		Rudolf-Stiftung zu 10 fl. 14 50 15 —	
D. Fremdenanleihe-Obligationen.				Gold Rente		Stiebn. (3 Mon.) Gold Rente	
für 100 fl.				Gold Rente		Angsb. für 100 fl. Stiebn. B. 90 75 91 —	
Böhmen zu 5 pCt.				96 50 97 —		Frankfurt a. M. 100 fl. detto 90 80 91 —	
Sardinien " " "				78 — 78 75		Hamburg, für 100 Mark Banco 79 20 79 30	
Nieder-Oesterreich " " "				94 — 95 —		London, für 10 Pfund Sterling 107 90 108 —	
Ober-Oesterreich " " "				91 50 92 50		Paris, für 100 Francs — 42 10 42 20	
Stiebn. bürgerl. " " "				76 — 76 50		E. Rente der Reichsbank	
Steiermark " " "				91 50 93 —		K. K. Staats-Obligationen	
Ungarn " " "				80 50 80 50		5 fl. 9 fr. 5 fl. 10 fr.	
F. Andere öffentliche Anleihen				Gold Rente		K. K. Staats-Obligationen	
Donau-Regulirungsgeld zu 5 pCt.				96 80 97 —		8 " 62 " 8 " 62 "	
Ung. Eisenbahn-Anleihen zu 120 fl.				100 75 101 —		Preuss. Cassen-Scheine 1 " 61 " 1 " 61 "	
6 fl. Silber 5% pr. Stüd				100 75 101 —		Stiebn. 106 " 75 " 107 " —	
Ung. Prämienanleihe zu 100 fl.				103 50 103 75		Krainische Grundbesitzungs-Obligationen, Prämienanleihe: 85 75 Gold 86 Rente.	
8. 7 fl. (Eingab.) pr. Stüd				103 50 103 75			

saß-lothringischen Angelegenheiten; außer dem Gesetzentwurf, betreffend die Veräußerung der kaiserlichen Tabakmanufaktur in Straßburg wurden genehmigt Gesetzentwürfe über die Unverträglichkeit von Advocatur und Anwaltschaft in einer Person und über Patente und Fabrikzeichen. — Die Conferenzen über die sociale Frage, haben den 7. d. in Berlin begonnen. — Der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge wurde der Doct.-Präsident der Provinz Sachsen, v. Witzleben, zur Disposition gestellt.

Eine Deputation des sächsischen Landtags brachte dem Königspaare die Glückwünsche der Volksvertretung dar und überreichte zwei Stiftungen von je 100.000 Thalern für allgemeine Bildungszwecke und zum besten des weiblichen Geschlechts. Eine Deputation der Stadt Dresden überbrachte 20.000 Thaler zu Wohlthätigkeitszwecken. — Aus Berlin ist die Genehmigung des Kaisers zur Auflösung der Festungswerke von Dresden eingetroffen.

Nachrichten aus Paris und Berlin zufolge steht die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland zu dem Zweck, die vollständige Räumung des französischen Gebietes von deutschen Truppen bereits in einigen Monaten zu bewerkstelligen, nicht nur bevor, sondern hat auch gegründete Aussicht auf Erfolg. Es soll sich dabei um eine Combination handeln, den Ertrag der großen Anleihe sofort flüssig zu machen. Vom Beginne nächsten Jahres ab sind ohnehin nur noch zwei Milliarden an Deutschland zu bezahlen.

Das Ministerium in Dänemark legte dem König ein ausführliches Memorandum über die Nordschleswig-Frage vor, in welchem der Nachweis geliefert wird, daß Nordschleswig im Sinne der zu Recht bestehenden „Constitutio Valdemariana“ stets einen integrierenden Theil Dänemarks bildete, demnach niemals zum deutschen Bund gehören konnte. Auf Grund dieses Memorandums wird Dänemark mit Deutschland über Nordschleswig verhandeln.

Ahmet Muktar Effendi ist zum Scheich ul Islam und Rami Pascha zum Marineminister ernannt worden. Der gewesene Marineminister Mustapha Pascha ersetzt den zum Polizeiminister ernannten Samit Pascha als Gouverneur von Erzerum.

Zum November-Avancement.

Auf Grund der in „Wiener Zeitung“ publicierten Randmachung wurden befördert: 6 Generalmajors zu Feldmarschall-Lieutenants, 13 Oberste zu Generalmajors, 28 Oberstlieutenants zu Obersten, 54 Hauptleute und Rittmeister zu Majors; ferner wurden ernannt 4 Generalmajors zu Divisionscommandanten, 8 Oberste zu Truppencommandanten, 10 Oberste zu Regimentscommandanten, 9 Oberstlieutenants zu Reservecommandanten.

In der Infanterie: 81 Hauptleute zweiter Klasse zu Hauptleuten erster Klasse, 130 Oberlieutenants zu Hauptleuten zweiter Klasse, 192 Lieutenants zu Oberlieutenants, 36 Cadeten zu Lieutenants.

In der Jägertruppe 21 Hauptleute zweiter Klasse zu Hauptleuten erster Klasse, 28 Oberlieutenants zu Hauptleuten zweiter Klasse, 32 Lieutenants zu Oberlieutenants, 4 Cadeten zu Lieutenants.

In der Sanitätstruppe: 1 Hauptmann zweiter Klasse zum Hauptmann erster Klasse, 1 Oberlieutenant zum Hauptmann, 1 Lieutenant zum Oberlieutenant.

In der Cavallerie: 2 Rittmeister 2. Klasse zu Rittmeistern 1. Klasse, 30 Oberlieutenants zu Rittmeistern 2. Klasse, 52 Lieutenants zu Oberlieutenants, 48 Cadeten zu Lieutenants.

In der Artillerie: 10 Hauptleute 2. Klasse zu Hauptleuten 1. Klasse, 7 Oberlieutenants zu Hauptleuten 2. Klasse, 23 Lieutenants zu Oberlieutenants, 56 Cadeten zu Lieutenants.

In der Geniewaffe: 8 Hauptleute 2. Klasse zu Hauptleuten 1. Klasse, 10 Oberlieutenants zu Hauptleuten 2. Klasse, 15 Lieutenants zu Oberlieutenants.

Im Bionnier-Regimente: 4 Oberlieutenants zu Hauptleuten 1. Klasse, 9 Lieutenants zu Oberlieutenants, 10 Cadeten zu Lieutenants.

Im Fußwehencorps: 5 Rittmeister 2. Klasse zu Rittmeistern 1. Klasse, 10 Oberlieutenants zu Rittmeistern 2. Klasse, 13 Lieutenants zu Oberlieutenants, 5 Cadeten zu Lieutenants.

Pensioniert werden: Ein Feldmarschall-Lieutenant, 5 Generalmajore, 2 Oberste.

Wiener Weltausstellung 1873.

Aus Brüssel ist der Präsident der belgischen Ausstellungskommission Herr Senator Baron T'Kint de Rodenbecke in Begleitung des belgischen Commissionsmitgliedes Herrn Leclerc, Generalinspectors der Landwirtschaft und der Vicinalbahnen, in Ausstellungsangelegenheiten in Wien eingetroffen.

Die Ausstellungskommission für Elsaß und Lothringen beabsichtigt unter anderem ein elsaßisches Bauernhaus mit seinen Einrichtungen auszustellen. Das Mitglied der erwähnten Commission Herr Louis Pasquah zu Wesselnheim hat sich deshalb mit dem Architekten Herrn Roethlisberger aus Straßburg mehrere Tage in Wien aufgehalten, um die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen.

Die französische Regierung hat die Gebührenfreiheit auch für den telegraphischen Transitverkehr nach Spanien in Ausstellungsangelegenheiten zugestanden.

Berichte aus New-York geben uns ein Bild der daselbst von den angesehensten Bürgern der Vereinigten Staaten für eine würdige Vertretung der amerikanischen Industrie auf der Weltausstellung eingeleiteten Aitaktion. Dieser war auch ein großes Meeting der einflussreichsten Persönlichkeiten New-York gewidmet, welches am 4. d. in den Räumen des „Union League Club“ abgehalten worden. Zunächst hat der amerikanische Generalcommissär Herr Thomas von Buren Bericht über seine bisherige Thätigkeit erstattet, welcher allseitige Zustimmung fand. Eine eingehende Debatte entspann sich dann über die beabsichtigte Darstellung des amerikanischen Unterrichtswesens, der von allen Seiten die größte Aufmerksamkeit geschenkt wird und für welche Herr von Borst als Specialcommissär wirkt. Letzterer theilte mit, daß ihm von den amerikanischen Unterrichtsbehörden ein reiches Material für diese Ausstellungsabtheilung, zu welcher auch ein vollständig eingerichtetes amerikanisches Volksschulhaus gehöre, zugesagt sei. Nachdem in ausführlicher Weise auch die Beteiligung der amerikanischen Maschinenindustrie, der Clavierfabrication u. besprochen worden, schritt man zur Wahl eines aus 29 Mitgliedern bestehenden Comités behufs Förderung der Beteiligung Amerikas an der Ausstellung. Die Wahl fiel auf die hervorragendsten Repräsentanten der einzelnen Ausstellungsgruppen.

Tagesneuigkeiten.

— Se. Majestät der Kaiser ertheilten am 7. d. in Ofen 26 Personen Audienzen, darunter auch der Deputation der israelischen Cultusgemeinde aus Preßburg, welche die üblichen Martinigansen überreichte. — Die „De. Corr.“ meldet: Bis jetzt sind keine Dispositionen bezüglich einer

Aufhebung des Allerhöchsten Hoflagers in Göbbs und einer Wahl von Görz, Graz u. für den demnächstigen Aufenthalt Ihrer Majestät der Kaiserin und Ihrer k. Hoheiten der durchlauchtigsten Erzherzoginnen Gisela und Marie Valerie getroffen.

— (Das Schiller-Denkmal-Comité) in Wien beschloß, den Grundstein für das wiener Schiller-Steinbild aus des Dichters Geburtsort bringen zu lassen. Der marbacher Schillerverein ließ demnach den Grundstein aus dem Kalkfelsen der Schillerhöhe brechen, ihn mit Jahreszahl und Datum versehen und machte damit dem wiener Comité ein Geschenk in Anbetracht der regen Theilnahme, welche Marbach seit einigen Jahren in Wien gefunden.

— (Mittel gegen Cholera.) In Ostindien wendet man gegen die Choleraerkrankung folgendes Präservativmittel: Zwei Loth von der Blume des Zimmerbaumes (cinnamomum) werden grob zerstoßen in einen Liter Brantwein oder guten Rothwein gethan und täglich abends und morgens ein Eßlöffel voll von dieser Essenz genommen.

Locales.

— (Tagesordnung der heutigen Landtagsitzung.) 1. Bericht des Landesauschusses, betreffend den Stand des Grundlasten-Ablösungsgeschäftes in Krain. (Beilage 1.) 2. Bericht des Landesauschusses, womit der Voranschlag des Grundentlastungsfondes für das Jahr 1873 und der Rechnungsabluß für das Jahr 1871 vorgelegt wird. (Beilage 3.) 3. Bericht des Landesauschusses, womit der Rechnungsabluß für das Jahr 1871 und der Voranschlag für das Jahr 1873 des Theaterfondes vorgelegt wird. (Beilage 7.) 4. Bericht des Landesauschusses, in betreff der Ernennung des Dr. Johann Mirhal zum Mitgliede des Landesrathes. (Beilage 8.) 5. Bericht des Landesauschusses, betreffend einen Gesetzentwurf zur Regelung der Normalchuldbeträge von Verlassenschaften. (Beilage 12.) 6. Bericht des Landesauschusses betreffend die Trennung der Direction von der Verwaltung in den Landeswohlthätigkeitsanstalten. (Beilage 13.) 7. Bericht des Landesauschusses, betreffend die Systemisirung eines Beamtenpostens für den technischen landwirtschaftlichen Dienst. (Beilage 14.) 8. Wahl eines Wirtschaftsausschusses.

— (Dr. Josef Ritter von Savinschegg,) k. k. Truchseß u. s. w., hat das Protectorat des krainischen Aushilfsbeamten-Kranken-Unterstützungs-Vereines angenommen.

— (Sanitätswesen.) In der Erwägung, als die Blatternepidemie in den Nachbarländern mehr und mehr zunimmt, beschloß der krainische Landesauschuß die Einrichtung zweier Krankenzimmer im Civilspitale zur Aufnahme von blatternkranken Individuen.

— (Für den krainischen Schulpfennig) sind eingegangen: Franz Verleß, Gasthofbesitzer in Laibach, 10 fl.; Vollheim'sche Jagdgeellschaft 20 fl. 10 kr.; Sanitätsrath Professor Dr. Valenta die Moniarate für November mit 5 fl.; durch die k. k. Bezirkshauptmannschaft Adelsberg wurde eingesendet der Betrag von 26 fl. als Resultat einer vom k. k. Bezirkschulinspector Sr. Hochwürden Lukas Pitti im Markte Wippach eingeleiteten Sammlung mit der Widmung zur vorzüglichsten Unterstützung der vierklassigen Volksschule in Wippach. Die einzelnen Spender sind: Lukas Pitti 5 fl.; Dr. Spozzapan 5 fl.; W. Schmutz 50 kr.; Kallnig 50 kr.; Motter 3 fl.; Kren 1 fl.; Bencajs 50 kr.; Volz 50 kr.; Mayer Eugen 1 fl.; Studer Jakob 3 fl.; Furlani 1 fl.; Suppanz 1 fl.; Petric Marcus 50 kr.; F. Schmutz 50 kr.; Paernel 50 kr.; L. Sore 1 fl.; Ballisch 50 kr.; W. Kramer 1 fl. Vom Finanzcommissariate Rudolfswerth kamen 3 fl. 90 kr. als Beiträge folgender Spender: Finanzwachcommissar Brunic Josef 1 fl.; in Gottsche: Hirschberg Franz, Reipient, und der Oerauffseher Draginar Josef und Trentel Rudolf zusammen 1 fl.; in Mödling: Rovinsky Ferdinand, Oerauffseher, 50 kr.; Rosal Franz, Oerauffseher, 10 kr.; Logar Josef, Aufseher, 20 kr.; in Landstraß: Prapronit Ed., Oerauffseher, 30 kr.; Rosmann Franz, Oerauffseher, 30 kr.; Urshitz Heinrich, Aufseher, 10 kr.; in Rudolfswerth: Rumroth Josef, Reipient, Müller Franz, Oerauffseher, Zafel Rudolf, Aufseher, und Ekedel Josef, Aufseher, je 10 kr. Durch die k. k. Bezirkshauptmannschaft Gottsche wurden eingesendet 25 fl., von folgenden Herren gezeichnet: In Gottsche: Bezirkshauptmann Gladung 5 fl. 40 kr.; Bezirksrichter Gottfried Branner 2 fl.; Gerichtsad-junct Anton Veslovic 1 fl.; Adjunct Karl Kastelz 1 fl.; Johann Tratnik, Finanzcommissär, 2 fl.; Max Zabor-negg, Bezirkssecretär, 1 fl.; Ernst Faber 1 fl.; Ignaz Linhart 50 kr.; Ferdinand Kren 30 kr.; Forstamt Gottsche 2 fl.; in Altlag: Pfarrer Josef Krombholz 1 fl.; Mathias Eisenkopf, Ortschulraths-Mitglied, 1 fl.; Josef Spanec, Steuereinnnehmer in Großschitz, 1 fl.; Hugo Planitz, Steueramts-Controllor in Reinsitz, 50 kr.; Josef Potolar 50 kr.; Pfefferer, Steuereinnnehmer, 1 fl.; Smadehar, Controllor, 1 fl.; die Gendarmerieposten in Gottsche 1 fl. 30 kr.; in Reinsitz 1 fl.; in Großschitz 1 fl. Bezirkscommissär Pfefferer subscribirierte in Gottsche einen Jahresbeitrag von 12 fl. von 1873 angefangen, all-monatlich 1 fl.

— („Slavjan“), ein neues slavisches Blatt, wird von dem bekannten Russenfreunde Mathias Majar in Klagenfurt ausgegeben. Die Tendenz desselben verfolgt die Schaffung einer allgemein slavischen Sprache.

2000 Millionen Gulden. Nicht bloß alle see-fahrenden Nationen, selbst kleine Industriestaaten, wie Belgien und die Schweiz unterhalten mit diesen wichtigen Productionsländern bereits den lebhaftesten Verkehr und fanden es in ihrem politischen und volkswirtschaftlichen Interesse, mit den Regierungen der mächtigsten Reiche Ostiens in ein Vertragsverhältnis zu treten. Nur die vaterländische Flagge war bisher in jenen Breiten eine fast unbekannte Erscheinung.

Zwar fehlt es nicht an der Erkenntnis der hohen Bedeutung einer directen und regelmäßigen Verbindung mit jenen fernen Ländern für den Aufschwung unseres auswärtigen Handels, und schon seit mehr als einem Jahrzehend wurden aus den maßgebendsten Kreisen, von Landesauschüssen, Handelskammern, Gewerbevereinen, Kaufleuten, Industriellen und Schiffserbedern, zahlreiche Denkschriften „über die ungünstige commercielle Lage des Reiches und die Mittel, dieselbe zu bessern“, verfaßt, welche in überzeugender Weise die Nothwendigkeit vor Augen führten, unsern auswärtigen Handel eine aufmerksamere Pflege wie bisher zu schenken und unsere commerciellen Beziehungen auch nach jenen indo-chinesischen Handelsgebieten auszudehnen, welche durch die Eröffnung des Suez-Canals, namentlich für die österr-eichisch-ungarische Monarchie ein so hervorragendes Interesse gewannen.

Die tiefeingreifenden Veränderungen, welche die neue Wasserstraße im Welthandel zur Folge hat, dürften nämlich nächst Marseille am meisten dem Hafen von Triest (und wohl auch jenem von Fiume) zugute kommen,

wenn dessen handelsreibende Bevölkerung die Gunst der Verhältnisse klug und rasch auszunutzen versteht, denn durch seine geographische Lage scheint Triest berufen, das Liverpool Süd-Europas zu werden, der Stapelplatz für alle jene indischen und ostasiatischen Producte, welche für den Consum von Süddeutschland und der Schweiz, von Italien und Oesterreich bestimmt sind; das Hauptdepot aller jener Fabricate, welche aus den genannten Ländern nach dem Osten zur Beförderung gelangen.

Leider verhinderten widrige Umstände der verschiedensten Art wiederholt die Entsendung einer Schiffs-expedition, deren specieller Aufgabe es sein sollte, alle nöthigen Vorkehrungen und Einleitungen zu treffen, um den österr-eichisch-ungarischen Staatsangehörigen in den ostasiatischen Reichen die nämlichen Rechte, wie den Unterthanen der meistbegünstigten zu sichern.

Erst im Frühling 1868 gestalteten sich die Verhältnisse für das längst projectirte Unternehmen günstiger; die Vertretungskörper der österr-eichisch-ungarischen Monarchie bewilligten die dazu erforderlichen Fonds, und es wurde infolge dessen mit Allerhöchster Entschlie-ßung vom 17. Juli 1868 die Durchführung des Unternehmens nach dem vorgelegten Plane genehmigt und die Ausrüstung der Schraubenschiffe „Donau“ (Commandant Linien-Schiffs-Capitän Ritter v. Wipplinger) und der Schraubencorvette „Erzherzog Friedrich“ (Commandant Fregatten-Capitän Ritter v. Pittner) für den beabsichtigten Zweck anbefohlen.

(Fortsetzung folgt.)